



Frau Bundeskanzlerin

# Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 37  
11.09.2015

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 42 % bzw. 41 %, SPD zwischen 26 % und 24 %
Wirtschaft:	Bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung überwiegen optimistische Erwartungen; langfristige Wirtschaftserwartungen deutlich pessimistischer
Weltpolitische Lage:	Große Sorge um den Weltfrieden Terrorgruppe IS wird als größte Bedrohung wahrgenommen Flüchtlingskrise wird zunehmend als Gefahr für Deutschland gesehen
Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
Anlage:	Grafik "Themen-Monitor"

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>FG Wahlen<sup>2</sup></b> für ZDF	<b>infratest dimap<sup>3</sup></b> für ARD
CDU/CSU	41 (+1)	41 (-)	42 (-)	42 (-)
SPD	24 (-)	25 (+1)	26 (-)	25 (+1)
FDP	4 (-1)	4 (-)	4 (-)	4 (-)
DIE LINKE	10 (-1)	10 (-)	8 (-1)	9 (+1)
B'90/Grüne	10 (-1)	11 (-)	10 (-)	11 (-1)
AfD	4 (+1)	4 (-)	4 (+1)	4 (-)
Sonstige	7 (+1)	5 (-1)	6 (-)	5 (-1)
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.	03.-09.09.	08.-10.09.	07.-09.09.

Die Union liegt bei forsa 17 (+1), bei infratest dimap 17 (-1), bei Emnid 16 (-1) und bei FG Wahlen 16 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern
Merkel	52 (-)
Gabriel	14 (-1)
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 38 (+1) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

90 % (+1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-1) Gabriel. Von den SPD-Anhängern würden sich 42 % (-2) für Gabriel und 34 % (+3) für Merkel entscheiden.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (13.09.2015)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 34

<sup>3</sup> im Vergleich zur KW 36

## Problemlösungskompetenz

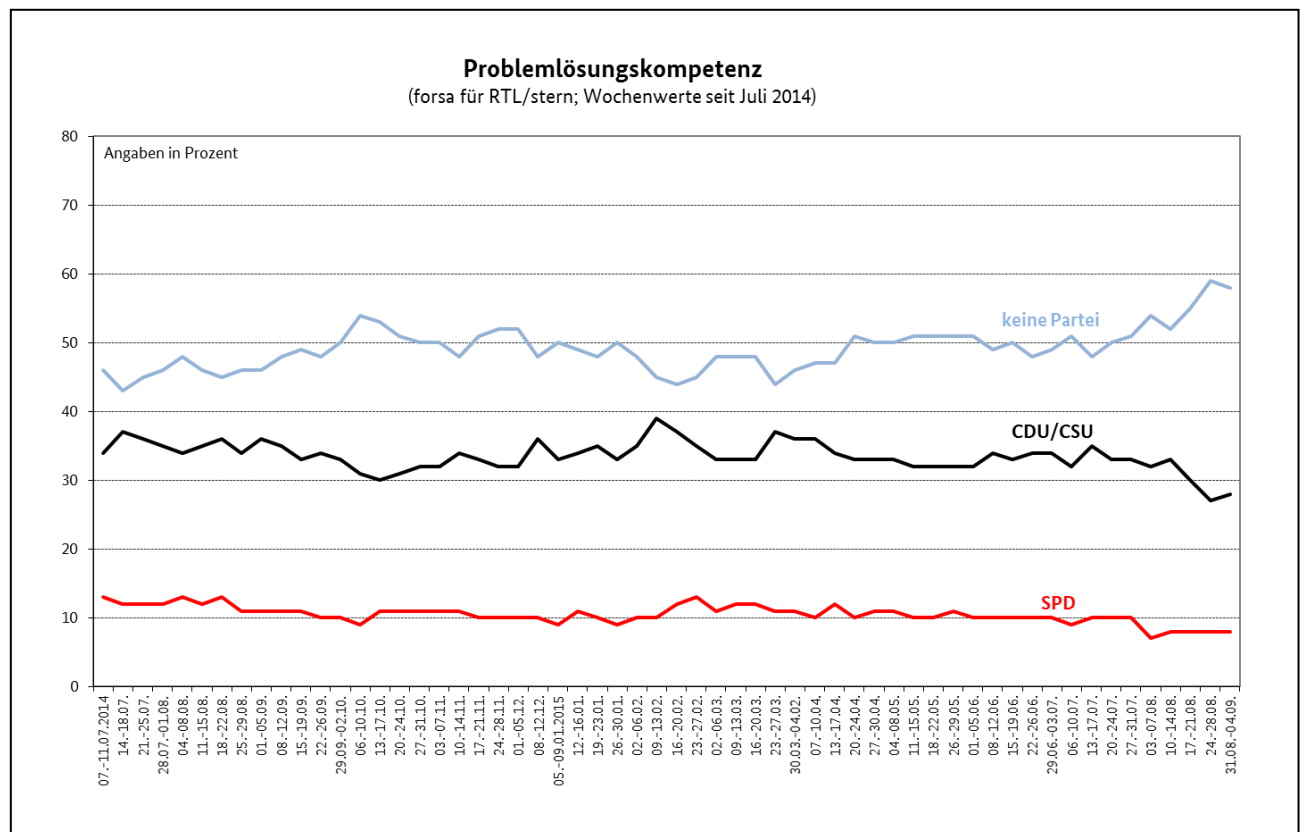
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	28 (+1)	
SPD	8 (-)	
sonstige Parteien	6 (-)	
keine Partei	58 (-1)	
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 20 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

58 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

62 % (-) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 36 % (+2) von ihrer Partei.



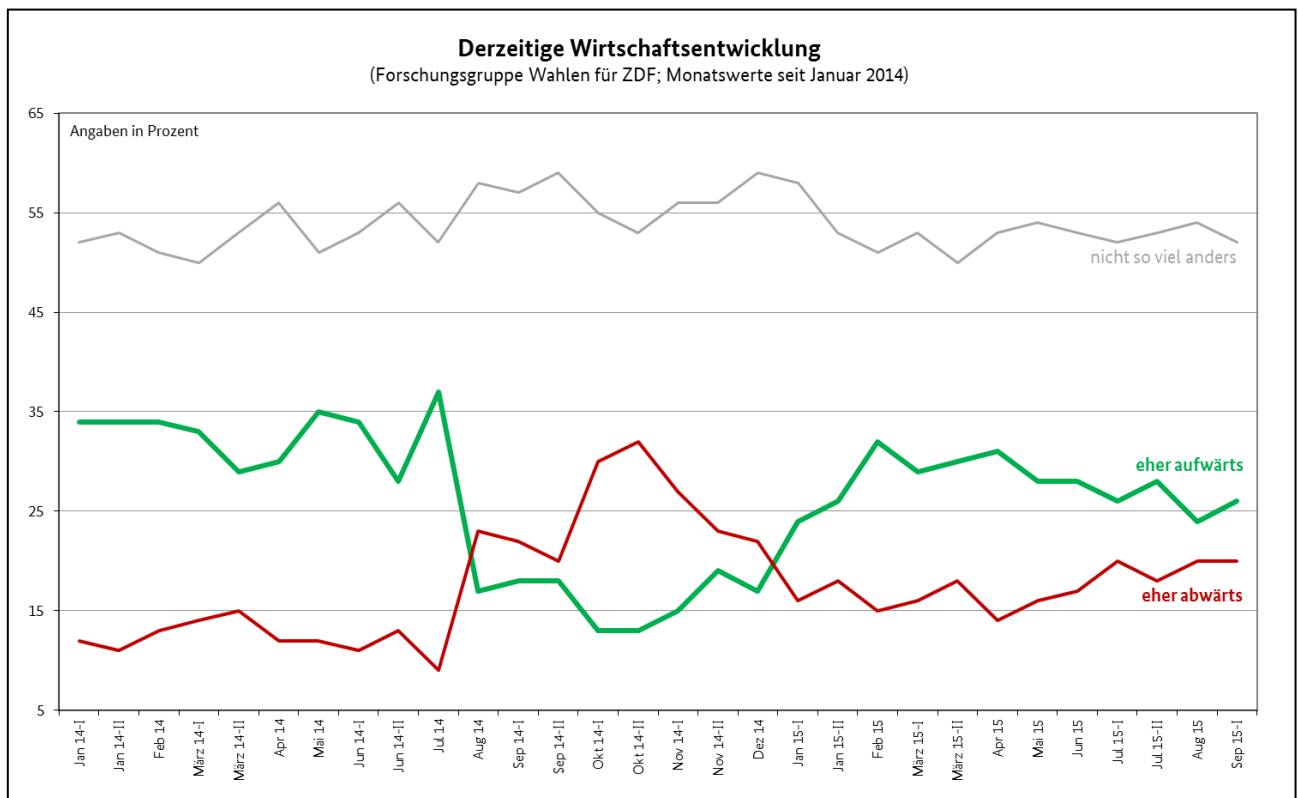
## Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF
eher aufwärts	26 (+2)
eher abwärts	20 (-)
nicht so viel anders	52 (-2)
Erhebungszeitraum	08.-10.09.

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 34 leicht verbessert.

Anhänger der Linkspartei (25 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



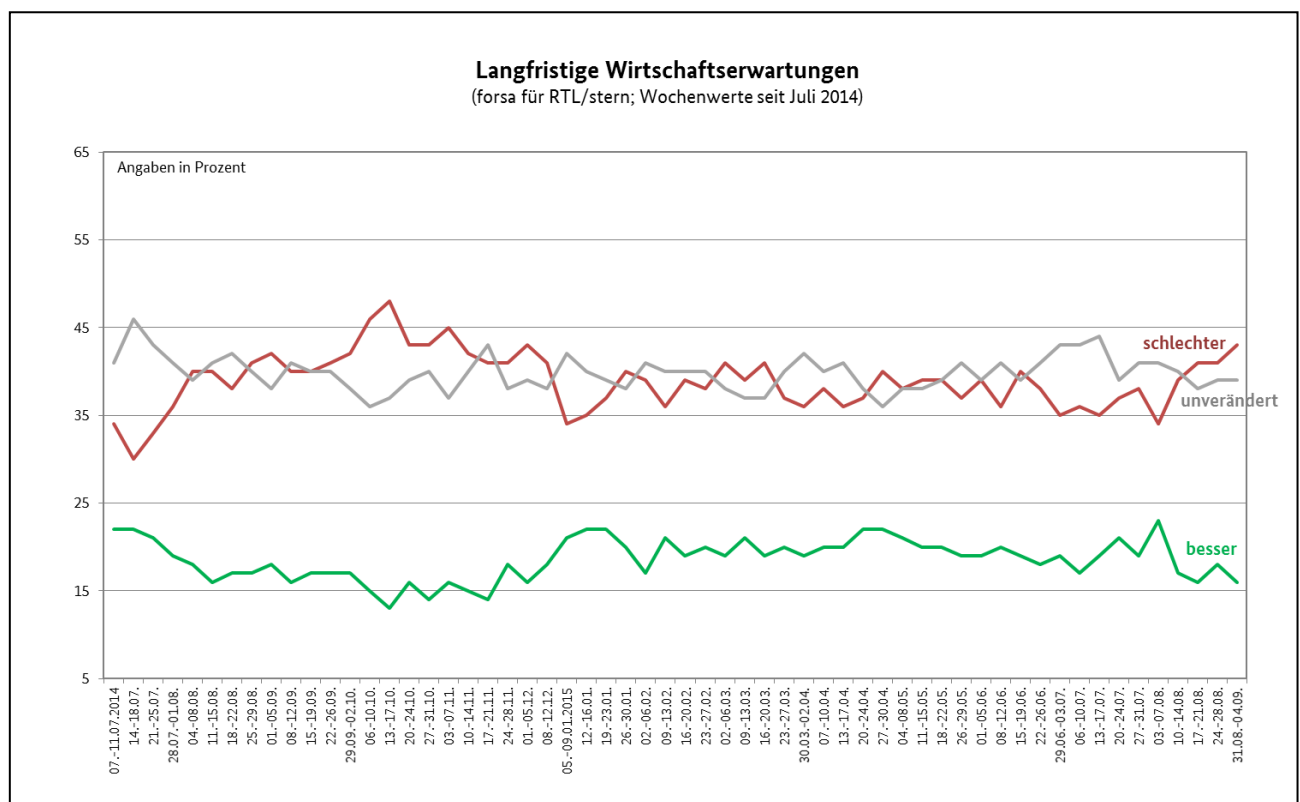
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	16	(-2)
schlechter	43	(+2)
unverändert	39	(-)
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 27 (+4) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



## Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA
sehr große	15 (+1)
große	47 (+3)
wenig	29 (-3)
keine	8 (-2)
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.

30-44-Jährige (68 %) machen sich zurzeit überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden; unter 30-Jährige (45 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

Männer machen sich seltener (sehr) große Sorgen als Frauen (54 % zu 70 %).

## Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA
Islamischer Staat (IS)	19 (-4)
Asylbewerber, Flüchtlinge	18 (+7)
Ukraine	14 (-1)
Syrien	10 (+3)
Russland	10 (-)
Naher Osten, arabische Länder	9 (+1)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	6 (-)
Krieg/Terrorismus allgemein	5 (-1)
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) die größte Gefahr für Deutschland.

Anhänger der Union und der Grünen (jew. 24 %) sehen in der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) überdurchschnittlich oft die größte Gefahrenquelle für Deutschland. Personen mit einfacher formaler Bildung (11 %) und Geringverdiener (14 %) tun dies unterdurchschnittlich häufig.

Die Flüchtlingskrise wird von den Bundesbürgern im Vergleich zur letzten Erhebung im August zunehmend (+7) als Gefahr für Deutschland gesehen.

## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	32 (+3)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9 (-1)
Deutschland tut bereits genug	56 (-2)
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.

Unter 45-Jährige (39 %), Personen mit hoher formaler Bildung (38 %) sowie Anhänger der Linkspartei (56 %), der Grünen (51 %) und der SPD (37 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Ostdeutsche (15 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (68 %), über 60-Jährige (64 %) sowie Anhänger der Union (69 %) sind besonders häufig der Meinung, dass Deutschland bereits genug tut.

## Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	39 (+2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16 (-)
verhält sich alles in allem genau richtig	40 (-3)
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.

Ostdeutsche (47 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (jew. 45 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (38 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Union (52 %) und der SPD (48 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	76 (-1)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderung, Integration	13 (-1)
Krise in Griechenland, Staatsverschuldung in Euro-Ländern	9 (-1)
Erhebungszeitraum	07.-09.09.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Grünen (92 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Frauen nennen das Thema häufiger als Männer (82 % zu 71 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (81 % zu 67 %). Ostdeutsche (69 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Ostdeutsche (20 %) thematisieren die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland überdurchschnittlich häufig; Anhänger der Grünen (4 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

